

Antrag

der Fraktion der FDP

„Blaulicht-Behörden-Kitas“ für Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat soll Träger unterstützen und fördern, die das Angebot von „Blaulicht-Behörden-Kitas“ in Berlin schaffen wollen, d.h. Träger, welche eine flexible Betreuung, insbesondere für die Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter aus Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug, anbieten.
2. Er soll die Verfügbarkeit von geeigneten Räumlichkeiten in den Liegenschaften des Landes prüfen und diese den Trägern anbieten.
3. Er soll diese Genehmigungsverfahren priorisieren und dem Abgeordnetenhaus erstmalig bis zum 1. Juli 2023 und sodann jährlich zu den Ergebnissen der laufenden und abgeschlossenen Genehmigungsverfahren bzgl. des Betriebes von „Blaulicht-Behörden-Kitas“ vorlegen.

Begründung

Der Fachkräftemangel hat in sämtlichen Bereichen Einzug gehalten und belastet auch Feuerwehr und Polizei bereits seit Jahren. Neben guter Bezahlung und einer angenehmen Arbeitsumgebung, sind eine ausgewogene Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit zu ausschlaggebenden Kriterien für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geworden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber überbieten sich mit Angeboten wie flexiblen Arbeitszeiten, Homeoffice-Möglichkeiten oder betrieblichen Kindertagesstätten. In den meisten Positionen bei Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug sind flexible Arbeitszeiten und Homeoffice jedoch aufgrund von

Schichtarbeit und Außendienst nicht möglich, die Bezahlung ist weiterhin nicht hauptstadtgerecht und die Arbeitsumgebung ist für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von Sanierungsfälligkeit der Gebäude ebenfalls nicht als angenehm zu bezeichnen. Auch die Versorgung ihrer Kinder wird weder durch den Innensenat noch die Justizverwaltung als jeweilige Dienstherren nicht sichergestellt. Weder ist die Durchsetzung des rechtlichen Anspruchs auf einen Kitaplatz in Berlin realisierbar, noch setzt sich der Senat effektiv für seine Landesbediensteten ein, indem er beispielsweise Behörden-Kitas schafft.

Allein die Schichtarbeit macht den Beruf der Polizistin oder des Feuerwehrmannes oder der Justizvollzugsbediensteten weniger attraktiv. Umso entscheidender ist es, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um konkurrenzfähig zu sein.

Gleichzeitig muss es ein Anliegen des Senates sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Einklang mit den Bedürfnissen der Kinder zu bringen. Gerade Abend- und Nachtschichten sind für Familien kaum überwindbare Hindernisse, weshalb eine Kinderbetreuung geschaffen werden muss, die keine zusätzlichen Zeitkonflikte schafft, sondern wohn- bzw. dienstortnah sowie zeitlich flexibel zur Verfügung steht. Die „Blaulicht-Behörden-Kitas“ bieten den Eltern in Uniform bessere Rahmenbedingungen und gerade Mütter können so schneller in den Job zurückkehren und fühlen sich nicht genötigt, sich in den Innendienst versetzen zu lassen. Ebenso sollen sowohl Mütter als auch Väter nicht um ihren Aufstieg fürchten müssen. Positive Nebeneffekte einer sichergestellten Versorgung der Kinder für den Dienstherren wird ggf. eine auf das notwendige Maß beschränkte Elternzeit. Dies erleichtert die Personalplanung und erhält wertvolles Fachwissen sowie Erfahrungen für die Behörde, weshalb auch individuelle berufliche Entwicklungen besser gefördert werden können. Die Eltern können sich besser auf ihre beruflichen Herausforderungen fokussieren, wenn sie ihre Kinder gut und sicher versorgt wissen. Darüber hinaus wird die Nachwuchsgewinnung positiv beeinflusst.

Um dies zu erreichen, muss eine flexible Betreuung zu jeder Tages- und Nachtzeit angeboten werden. Das Angebot soll vornehmlich Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrmännern und -frauen und Justizvollzugsangestellten gelten, hier insbesondere Alleinerziehenden und Familien, in denen beide Elternteile im Schichtdienst tätig sind. Je nach Kapazitäten sollen auch außerbehördliche Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter die Möglichkeit erhalten, ihre Kinder in der „Blaulicht-Behörden-Kita“ unterzubringen.

Langfristiges Ziel muss es sein, „Blaulicht-Behörden-Kitas“ bei den Polizeidirektionen Nord, Süd, Ost, West und City anzusiedeln.

Es bestehen bereits gute, Qualität versprechende Konzepte, die jedoch schon über Jahre in der Warteschleife des Senates hängen, insbesondere bei der Bildungsverwaltung, denn es mangelt an Räumlichkeiten und beschleunigten Genehmigungsprozessen. Der Senat muss hier entschiedener auftreten, flexibler werden und schneller zu einem Ergebnis im Sinne des Antrages kommen.

Berlin, 6. Dezember 2022

Czaja, Jotzo, Fresdorf, Krestel, Förster
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin